

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

22.8.1932 (No. 195)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Hauptredaktion
Nr. 954
und 956
Postfach
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.:
G. K. Eschrich
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Elebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und bezweigt werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikare Angelegenheiten sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Klagen über den Inhalt der Zeitung, die nicht durch die Redaktion zu klären sind, ist der Verfasser der Klage zu bezeichnen. Die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, ist für den Fall von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Kontrakte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Deutschlands private Verschuldung

Erklärungen des Reichswirtschaftsministers

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hat dem Berliner Vertreter der Associated Press das nachstehende Interview zur Frage der privaten Verschuldung Deutschlands gewährt:

Eine New Yorker Finanzzeitung meldete vor einigen Tagen, daß Deutschland immer noch mit dem Gedanken spiele, seine privaten Schulden, namentlich an Amerika, einseitig herabzusetzen. Auch ließen sich New Yorker Zeitungen aus Berlin melden, daß sich die deutsche Regierung mit dem Gedanken trage, eine besondere Schuldkommission nach den Vereinigten Staaten zu entsenden; diese Mission solle entweder eine zeitweilige Zinssenkung oder ein mehrjähriges Zinsmoratorium erreichen. Letztere Nachricht ist bereits amtlich dementiert worden.

Zu den angeblichen Absichten einer Schuldenabwertung erklärte der Reichswirtschaftsminister:

Was die Frage der Herabsetzung der Privatschulden anbelange, so habe er in dem Interview, das er dem Vertreter der „New York Times“ gegeben habe, ausgeführt, daß die deutsche Regierung eine Herabsetzung der privaten Schulden an Kapital und Zinsen niemals aus nur erwogen habe.

Schon damals habe er bemerkt, daß die Reichsregierung alles daran setzen werde, den Schuldendienst des Reiches unter allen Umständen sicherzustellen, und daß auch die privaten deutschen Schuldner alles tun würden, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Allerdings werde bei einer Verschärfung der allgemeinen Deflation das Mißverhältnis zwischen Geld- und Güterwert, zwischen alten und neuen Schuldverhältnissen, noch zunehmen. Deshalb sei die Behandlung der privaten Verschuldung gar keine speziell deutsche, sondern eine internationale Frage. Sie werde sich daher in einer deutsch-amerikanischen Aussprache gar nicht allein klären lassen.

Die deutsche Regierung habe stets den Standpunkt vertreten, daß es einzig und allein Sache der deutschen privaten Schuldner sei, sich mit ihren amerikanischen und sonstigen Auslandsgläubigern in Verbindung zu setzen, wenn sie den Schuldendienst nicht mehr leisten zu können glaubten. Die beteiligten Regierungen könnten in dieser Hinsicht nur soweit eingreifen, als sie durch wirtschaftspolitische Maßnahmen der Deflation Einhalt gebieten und damit die Grundlagen für eine Gesundung der Schuldverhältnisse zu schaffen suchten. Ferner könnten die Regierungen dadurch zu einer Erleichterung des Schuldendienstes beitragen, daß sie gegebenenfalls gesetzliche oder sonstige Hindernisse, die einer Auseinandersetzung zwischen den Gläubigern und Schuldner entgegenstünden, aus dem Wege räumten.

Die Übertragung fälliger Zins- und Tilgungsraten nach den Gläubigerländern würde freilich außerordentlich gefördert werden, wenn die Gläubigerländer sich nicht zu der Erkenntnis durchringen könnten, daß die Leistung eines so hohen Schuldendienstes, wie ihn die deutsche Volkswirtschaft in den nächsten Jahren an ihre ausländischen Gläubiger zu entrichten habe — mehr als 1,5 Milliarden Reichsmark jährlich —, bis auf einen verschwindenden Bruchteil nur in Waren möglich sei und deshalb bei den Gläubigerländern offene Grenzen voraussetze.

Der Minister wies schließlich darauf hin, daß auch der Herr Reichsanwalt Ende Juli in einem Interview mit einem amerikanischen Zeitungsveteran ausgesprochen habe, Deutschland habe durchaus die Absicht, seine Schulden zu tilgen. Wenn die Frage nach einer Herabsetzung der Zinsrate für Deutschlands private Schulden an das Ausland zur Erörterung komme, werde Deutschland gewiß nicht einseitig Schritte in dieser Richtung unternehmen, sondern eine Einigung mit seinen Gläubigern zu erzielen suchen. Er hoffe zuversichtlich, daß durch eine Einigung mit Deutschlands Privatgläubigern ein Zinsmoratorium umgangen werden könne.

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung

Einigung mit dem Reichsbankpräsidenten

Die Verhandlungen zwischen dem Reichskabinett und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther über die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms haben jetzt, wie amtlich mitgeteilt wird, zu einer vollen Einigung geführt, auch in den technischen Fragen der Kreditvorgabe. Einzelheiten darüber werden vorläufig nicht bekanntgegeben. Offenbar will die Reichsregierung die öffentliche Diskussion abbrechen, bis sie dem Reichstag ihren sogenannten „konstruktiven Aufbauplan“ im ganzen vorlegen kann.

Neben dem Arbeitsbeschaffungsprogramm soll der gesamte Plan vor allem die angekündigte Lockerung des Tarif- und Schlichtungswesens betreffen. Auch die Klärung der hohen Gehälter bei den vom Reich subventionierten Industrien, von der der Reichsanwalt in seiner Rundfunkrede andeutungsweise sprach, soll in diesem Zusammenhang in Angriff genommen werden.

Das Reichskabinett wird in dieser Woche noch einmal zusammenzutreten, um sich abschließend mit dem sogenannten „konstruktiven Wiederaufbauplan“ zu beschäftigen. Im Mittelpunkt dieses Programms steht die Arbeitsbeschaffung. Daneben laufen eine Reihe nicht unwesentlicher Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Wahrscheinlich wird die Reichsregierung auch die Einrichtung von Beratungsstellen für den Zinsabbau der Inlandsschulden planen. Zwangsweise will sie nicht vornehmen. Es soll vielmehr auf friedlichem Wege versucht werden, die Zinslast zu verringern.

Reichsverkehrsminister Frhr. v. Eich-Nübenach ist an Geippe erkrankt.

Letzte Nachrichten

Preussischer Landtag nun am 30. August

Auf Wunsch des Zentrums wieder verlegt

BRB. Berlin, 22. Aug. (Priv.-Tel.) Mit Rücksicht auf den am 31. August in Essen beginnenden Katholikentag hat auf Wunsch des Zentrums der Präsident des Preussischen Landtages, Kersch, die nächste Plenarsitzung des Landtages, die ursprünglich am 1. September stattfinden sollte, auf Dienstag, den 30. August, 13 Uhr, einberufen. Die Tagesordnung ist unverändert geblieben, sie enthält also die politischen Aussprachen über die Einsetzung des Reichskommisars in Preußen und die blutigen Zwischenfälle in verschiedenen Landesteilen.

Wie wir hören, hat der Präsident des Preussischen Landtages, Kersch, jetzt dem Staatsgerichtshof seine Erklärung zu der von den Sozialdemokraten verlangten einstweiligen Befristung auf frühere Einberufung des Landtages abgegeben. In parlamentarischen Kreisen meint man, daß durch die nun erfolgte Einberufung des Parlamentes der Erlaß einer solchen einstweiligen Befristung für diesmal sich erübrigt habe.

Der Ministerrat des Preussischen Landtages, der vor Beginn der Sitzung am 30. August zusammentritt, wird darüber entscheiden, wie lange der Sitzungsabschnitt dauern bzw. wann ein neuer Sitzungsabschnitt beginnen soll. Vorläufig sind Vollführungen nur für den 30. und 31. August geplant, da am 1. September die wichtigeren Veranstaltungen des Essener Katholikentages beginnen. Man wird also für den 31. August mit bedeutungsvollen Abstimmungen des Landtages über die Einsetzung des Reichskommisars und die blutigen Zusammenstöße zu rechnen haben. Dagegen ist bisher nicht zu übersehen ob und wann die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

Das Urteil im Oblauer Prozeß

Zuchthausstrafen bis zu vier Jahren

BRB. Bries, 22. Aug. (Tel.) Unter großem Andrang des Publikums wurde heute vormittag das Urteil wegen der blutigen Oblauer Zusammenstöße vom 10. Juli verkündet.

Von den Hauptangeklagten wurde wegen schweren Landfriedensbruchs in Lateinzeit mit schwerer Körperverletzung zwei Jahre Zuchthaus. Der Gewerkschaftssekretär Strulid und der sozialdemokratische Stadtrat Manke wurden wegen einfachen Landfriedensbruchs in Lateinzeit mit Mauthändel verurteilt. Strulid erhielt anderthalb Jahre und Manke ein Jahr Gefängnis. Von den beiden weiblichen Angeklagten erhielt Frau Rose wegen schweren Landfriedensbruchs sechs Monate und Frau Morawo drei Monate Gefängnis. Die weiteren Strafen bewegten sich zwischen einem Jahr und drei Monaten Gefängnis.

Fünf Todesurteile im Potempaer Prozeß beantragt

BRB. Bresten, 22. Aug. (Tel.) Im Potempaer Prozeß wegen Ermordung eines Kommunisten vor dem Sondergericht beantragte der Oberstaatsanwalt nach einer Anklagerede von eindreizehn Stunden gegen die Angeklagten Kottisch, Müller, Gräpner, Bollniba wegen gemeinschaftlicher Täterschaft und den Angeklagten Lachmann wegen politischen Totschlages und wegen Vergehens gegen das Kriegsgerätee, das Waffenmißbrauchs- und das Schusswaffengesetz auf Grund der Verurteilung gegen politischen Terror vom 9. Aug. 1932 die Todesstrafe, sowie gegen die gleichen Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung zwei Jahre Zuchthaus. Für die Angeklagten Nowak und Hoppe beantragte der Oberstaatsanwalt wegen Beihilfe zum politischen Totschlag fünf Jahre Zuchthaus.

Der Oberstaatsanwalt betonte, daß die politische Einstellung der Angreifer Anlaß und Beweggrund der Tat bildeten, einer Tat, die furchtbarer und entschlossener ohne jeden Sinn und ohne jeden Zweck nicht zu denken sei. Der Kopf der Tat von Potempa sei in dem Angeklagten Lachmann zu suchen, der sich den Arm zur Ausführung der Tat aus dem SA-Heim in Proslawitz entlich. Bezüglich der Angeklagten Kottisch und Bollniba, die angeblich hätten, der nationalsozialistischen Bewegung nicht anzugehören, sondern dem Oberschlesischen Selbstschutz, erklärte der Oberstaatsanwalt, daß sie als sympathisierende Mitglieder der NSDAP zu betrachten seien. Es handle sich um eine vorläufige Tötung. Er begründete dann, daß die Tatbestandsmerkmale der materiellen Rotverurteilung vom 9. August vorliegen und dadurch die vorläufige Tötung zum politischen Totschlag werde. Es gebe kein anderes Motiv für die Tat, als politische Verbeugung.

Das Urteil ist voraussichtlich frühestens nachmittags, wahrscheinlich erst in den Abendstunden zu erwarten.

Reichstagsabgeordneter Gandorfer †. Der dem Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund angehörende Reichstagsabgeordnete Karl Gandorfer ist in der Nacht zum Sonntag in München gestorben.

Polizeibeamte und Politik. Der Reichskommisars für Preußen, Dr. Waack, hat an alle Polizeibehörden einen Erlaß gerichtet, wonach preussische Polizeibeamte an politischen Veranstaltungen nicht in Uniform teilnehmen dürfen.

Frankreich gegen Gleichberechtigung

Französische Einheitsfront

Nach einer Meldung aus Paris hat Herriot in den letzten Tagen Besprechungen mit den nach Paris berufenen französischen Botschaftern in Washington, London und Berlin gehabt. Der Berliner Botschafter, Francois Boncet, hat dem Ministerpräsidenten ausführlichen Bericht über die innenpolitische Lage in Deutschland, und den beabsichtigten Schritt der Reichsregierung wegen Verhandlungen über die militärische Gleichberechtigung erstattet.

Diese Frage steht gegenwärtig im Mittelpunkt des französischen Interesses. Auch bei dieser Gelegenheit zeigt sich wieder die nationale Diszipliniertheit der französischen Presse, sowie die Geschicklichkeit, mit der die französische Regierung die Presse als Instrument ihrer Außenpolitik benutzte. Sogleich hat der offiziöse „Temps“ die Offensive gegen die deutsche Gleichberechtigungsforderung eröffnet. Die Haltung des Blattes gegenüber den deutschen Ansprüchen, die sich logisch und juristisch aus der Tatsache ergeben, daß in bezug auf die Abrüstung die von Frankreich geführte Gruppe der Versailler Signatäre die in Versailles verankerten Voraussetzungen für die deutsche Abrüstung nicht erfüllt hat, ist in ihrer schroffen Ablehnung des deutschen Standpunktes nicht weiter verwunderlich. Es fällt auch nicht weiter auf, daß der „Temps“ sich in innerdeutsche Angelegenheiten einzumischen versucht. Interessant ist die Frage, welche politischen Gegenleistungen Deutschland anbieten könne, damit sein Verlangen Berücksichtigung fände. Diese Frage enthält den Hinweis auf das Schachergeschäft, das Frankreich gern mit Deutschland machen möchte: etwa wirtschaftliches Entgegenkommen und ein Ostkarono für kleine, das Grundgesetzliche der deutschen Forderung aber vernachlässigende Konzessionen auf weltpolitischem Gebiet? Vor allem würde jedes deutsche Verhandeln über Gegenleistungen ein Aufgeben des grundsätzlichen deutschen Standpunktes bedeuten, daß man uns zu Unrecht die Gleichberechtigung vorenthält, nachdem die Lüge von der deutschen Kriegsschuld einwandfrei erwiesen ist, und nachdem die Segner unter Vertragsbruch sich bisher geweigert haben, der deutschen Abrüstung die eigene Abrüstung folgen zu lassen.

Nachdem der „Temps“ die Angriffsrichtung gewiesen hat, folgte die gesamte übrige französische Presse. Das „Echo de Paris“ wiederholt das alte Lied, es sei unmöglich, Deutschland die Machtmittel in die Hand zu geben, die es ihm erlauben, ein zweites Mal in Frankreich einzufallen! Vom Versailler Vertrag sei gerade noch soviel übrig geblieben, daß die Sicherheit Frankreichs garantiert wäre. Die französische Regierung habe die Pflicht, den Forderungen Deutschlands ein kategorisches Nein entgegenzustellen. Die dem Ministerpräsidenten Herriot nahestehende „Ere Nouvelle“ behauptet, Deutschland habe durch seine ablehnende Haltung gegenüber der von Frankreich propagierten Völkerbundarmee die Sache der Abrüstung kompromittiert! Gleichberechtigung für Deutschland würde eine Ungerechtigkeit für die anderen bedeuten.

Zu alledem ist nur zu sagen, daß in bezug auf die deutsche Gleichberechtigungsforderung, auf die Ablehnung der Kriegsschuldfrage und der Kolonialfrage, in bezug auf die Forderung auf Beseitigung der diskriminierenden Punkte des Diktats von Versailles die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes geschlossen hinter jeder deutschen Regierung steht, die kompromisslos für die Erfüllung dieser deutschen Forderungen kämpft.

Deutschland hat seine Gleichberechtigungsforderung noch nicht einmal offiziell angedeutet — und schon braust drüber an der Seine ein Sturm der Entrüstung auf. Wie einmütig Frankreich in der brutalen Auffassung von Frankreichs Vorherrschaft und Deutschlands ewiger Sklaverei dasteht, zeigt in besonders krasser Weise ein Offener Brief, den Graf Wladimir d'Ormesson veröffentlicht, und der an den Senator Vorach gerichtet ist mit dem Ersuchen, Vorach möchte doch eine Front der Pazifisten — darunter versteht der Herr Graf Frankreich und seine waffenklirrenden Trabanten! — gegen die „drohend aufleuchtende militärische Reaktion“ (nämlich Deutschlands) herzustellen. Man müsse „Diebe, die schlechte Absichten hegen, und die die internationalen Pakte und Verpflichtungen als nicht bestehend betrachten, ja sogar für lächerlich erklären, zur Ohnmacht verurteilen.“

Das Bemerkenswerteste ist, daß Graf d'Ormesson als der Führer der sog. französischen Verständigungspolitiker gilt, und daß dieser Mann seine Rolle so gut gespielt hat, daß er vor nicht allzulanger Zeit als Freund Deutschlands gefeiert wurde. Er hat auch im „Deutsch-französischen Studienkomitee“ eine Rolle gespielt. Das alles zeigt jedenfalls, wie absolut gleichmäßig die Bioge des politischen Antlitzes Frankreichs sind. Wir müßten daraus auch etwas lernen.

Abchluss in Ottawa Die Zollabmachungen zwischen England und den Dominien

Die britische Reichskonferenz in Ottawa (Kanada) wurde mit der Unterzeichnung von Handelsabkommen zwischen England und den Dominien abgeschlossen. Die Delegationen haben an den König ein gemeinsames Guldigungstelegramm gerichtet. Außer den Abkommen mit Großbritannien sind Abkommen Kanadas mit Südafrika, Irland und Rhodesien sowie ein Abkommen zwischen Südafrika und Neuseeland unterzeichnet worden. Der Abschluss gelang nur nach erheblichen Auseinandersetzungen. In den Abkommen wird jedes Reichsland England gegenüber den Grundsatz einnehmen, daß künftig alle Zollsätze nur so hoch sein dürfen, wie es unbedingt notwendig ist, um der heimischen Industrie die Konkurrenz mit dem Import aus England auf gleicher Basis zu ermöglichen. Dieses Prinzip der „fair chance“ für die englische Industrie wird als das wichtigste Konferenzergebnis angesehen. Dabei hat England in jedem der britischen Dominien eine Reihe von nicht unbedeutenden Vorzugsätzen für seine Ausfuhr erreicht. Die Einzelheiten werden offiziell erst nach der Ratifikation des Abkommens durch die verschiedenen Länder bekanntgegeben werden, da man befürchtet, daß andere Länder den Zolländerungen zuvorkommen werden. Es heißt jedoch, daß England auf dem kanadischen Markt Zollfreiheit für 135 Warenposten erlangt, beispielsweise Glaswaren, Messingwaren, Drahtgarn, Seife, ferner eine Kräfzerung für gewisse Textilien und wertvolle Vorzugsätze für Stahl und Eisen. Man hofft, daß auf Grund des Abkommens Stahl und Eisen, das Kanada bisher aus USA bezogen hat, künftig in England einkaufen werde.

Auf der anderen Seite hat England zugestimmt, einen Weizen Zoll von 2 Schilling je Quarter (= 4½ Zentner) einzuführen, von dem die britischen Reichsländer befreit sein werden. Ferner werden die Zollsätze für Butter, Käse und Eier auf 15 Prozent erhöht werden, ebenfalls mit voller Befreiung der britischen Länder. Die bereits bestehenden Präferenzen von 10 Prozent auf zahlreiche Industrieprodukte werden über das Verfallsdatum des 25. November hinaus verlängert, wahrscheinlich auf fünf Jahre. Eine der wichtigsten Zugeständnisse Englands ist ein Gentlemenabkommen über die scharfe Begrenzung der künftigen Einfuhr aus Sowjetrußland. Kanada verlangt ein offenes Einfuhrverbot für Holz und Getreide aus Rußland. Die englische Delegation gab schließlich so weit nach, daß sie versicherte, Maßnahmen gegen die Einfuhr aus Ländern, welche auf Grund von staatlichen Monopolen und unsozialen Arbeitsmethoden den Handel mit den britischen Dominien gefährden, zu ergreifen.

Die Entscheidung über das Lausanner Protokoll im österreichischen Nationalrat wird am Dienstag, den 23. August stattfinden.

Flämische Totenfeier in Dismuiden. Vor dem Gefallenendenmal in Dismuiden (Belgien) fand am Sonntag eine flämische Totenfeier statt, in deren Verlauf eine Entschließung zugunsten der allgemeinen Abrüstung angenommen wurde in der es heißt: „Wir 250 000 bei der alljährlichen Wallfahrt zu den Gräbern an der Iser Versammelten, in überwiegender Mehrheit ehemalige Frontkämpfer und Hinterbliebene von Gefallenen beschwören die Völker, das Wort des Evangeliums: „Du sollst nicht töten!“ zu einer allgemeinen lebendigen Wahrheit zu machen.“

Gorguloffs Berufung abgewiesen. Der Pariser Kassationshof hat die von dem Mörder des Präsidenten der Republik, Doumer, Paul Gorguloff, gegen das Todesurteil eingelegte Berufung verworfen. Gorguloffs Gattin und sein Verteidiger haben ein Gnabengesuch eingebracht, wobei sie geltend machen, daß Gorguloff im Gefängnis wahnsinnig geworden sei.

Die englische Völkerbundsvereinigung fordert Erfüllung des Versailler Abrüstungsversprechens. Auf einer Tagung unter Teilnahme von Lord Cecil wurde eine Entschließung angenommen, in der die britische Regierung aufgefordert wird, einen entscheidenden Schritt zu unternehmen, um die Deutschland und den Alliierten in Versailles gegebene Abrüstungsversprechen zu erfüllen. Sie fordert insbesondere die Abschaffung aller Waffen, die Deutschland durch den Friedensvertrag verboten wurden.

Stadt. Konzerthaus Karslruhe „Die Csardasfürstin“

Hinsichtlich der saftigen Originalität einiger ihrer Melodien zählt Kalmans „Csardasfürstin“ noch immer zu den erfreulichsten und zugänglichsten Werken der leichtgequirlten Muse. Das erwies auch wieder deren Reineinführung, obwohl sie am Samstagabend unter einer wahren Kropenpfeife vom Stapel lief, die freilich drinnen im Konzerthaus selbst durch eine doppelt angenehme empfundene Kühle rasch paralytisiert wurde.

Weides ergab sofort während und nach dem besonders gut-gearbeiteten ersten Akt die rechte Operettenstimmung, ohne daß die Darsteller es nötig hatten, die Empfangsbereitschaft des Publikums noch extra aufzupulvern. Das wäre aber auch einer Gestalt wie der Sylvia Vasescu gegenüber falsch angebrachter Ehrgeiz gewesen, und Ida Bauer betonte daher mit klugem Verständnis mehr das Einfachmenschliche als das Faszinierende und Verführerische dieser Hauptpartie, die im übrigen ihr wiederholt Gelegenheit bot, ihren frischen unverbrauchten Sopran von seiner allerbesten Seite zu zeigen. Ein trefflich singender Partner war Egid Loriff; auch er hielt im Spiel die allzu tragische Leidenschaft des Liebhabers zurück und erparte uns dadurch zum Glück viel unidisturbante Sentimentalität. Daß Leo Macher und Karlheinz Eßer wieder zwei charakteristische Figuren auf die Bühne hinstellen würden, erwartete wohl jeder im voraus und wurde sicherlich nicht enttäuscht. Sehr Brauchbares leisteten u. a. aber auch noch Adele Oberl, Vera Kraker, Otto Schniger; schließlich darf den bemerkenswert eifrigen Chor sowie die hübschen Tänzerinnen mitaufgezählt nicht vergessen werden.

Die prächtigen und dem Mißen jeweils angemessenen Bühnenbilder von Loriffen bestanden ebenso hervorzuheben wie die szenischen und musikalischen Vorbedingungen des Geschehens, die einerseits von der hier schon oft gerühmten Spiel-direktion Emil Reihner erneut zeugten und andererseits von Bruno Zillers routinierter Kapellmeisterhand abgingen. Alles

Sie Aenderung der Reichsverfassung

Appell an den Reichspräsidenten

Der Führer der Jungdeutschen Bewegung, Arthur Mahraun, hat dem Reichspräsidenten die Bitte unterbreitet, einen Ausschuß einzuberufen, der den Entwurf einer Verfassungsänderung zur Abstellung von Mängeln der Weimarer Verfassung ausarbeiten solle.

In dem Schreiben wird die dringende Bitte an den Reichspräsidenten gerichtet, durch sein persönliches Eingreifen der unerträglichen parteipolitischen Verwirrung ein Ende zu bereiten. Der Grund der Verwirrung sei in der schrankenlosen Herrschaft der Demagogie zu sehen, die durch Mängel in der Verfassung von Weimar möglich geworden sei. Die Beseitigung der Verwirrung sei nur durch einen Ausbau der Verfassung zu erreichen. „Nur Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident“ — so fährt das Schreiben fort —, „verfügen über das Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes. Darum ist es auch nur Ihnen möglich, das deutsche Volk in dem Willen zu einigen, seine Verfassung im Sinne der Befriedigung des öffentlichen Lebens und einer kraftvollen Lenkung des Reiches auszubauen.“

Nationalsozialisten und Regierungsbeteiligung

Landtagspräsident Kertl über seine Unterredung mit Hitler

WM. München, 22. Aug. (Priv.-Tel.) Im „Völkischen Beobachter“ erklärt der preussische Landtagspräsident Kertl, bei der Besprechung, die er vor drei Tagen mit Hitler gehabt habe, habe es sich um eine der üblichen Unterredungen gehandelt, die von Zeit zu Zeit stattfinden. Sie hätte die volle Einmütigkeit mit allen anwesenden Führern der Partei ergeben. Alle seien sich darüber klar gewesen, daß es der Partei lediglich um den Führungsanspruch gehe, und daß sie legal die Macht erreichen werde, die ihr zustehe. Hitler habe mehrfach betont, daß er kein legales Mittel unversucht lassen würde, um ohne Kompromisse diese Macht zu erreichen. (Dabei stehe das Volk hinter ihm.) Alle in den letzten Tagen aufgetauchten Kombinationen seien jedenfalls hinfällig. Hitler werde zur richtigen Zeit seine Entscheidungen bekanntgeben.

Die Koalitionsbesprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum in Preußen werden Dienstag fortgesetzt. Zu den bisherigen Verhandlungen erklärt die „Köln. Volksztg.“: Etwas Positives sei nicht zu berichten, schon aus dem Grunde, weil beide Vertreter an die Richtlinien ihrer Parteien gebunden seien. Eine Entscheidung dürfte jedoch für Anfang dieser Woche zu erwarten sein.

Die Waffengenehmigungen Gesetzstills

Der frühere Berliner Polizeipräsident Grafsmitt hatte an einige republikanische und sozialistische Organisationen auf Sammelwaffenbesitz Waffen und Munition ausgehändigt, eine Maßnahme, die inzwischen vom neuen Polizeipräsidenten wieder rückgängig gemacht wurde. Zu den Vorwürfen, die ihm deshalb in der Presse gemacht wurden, erklärt nun der ehemalige Polizeipräsident im „Vorwärts“, daß die Genehmigung, sich Waffen und Munition zum Zwecke der Verwaltungsgebäude der Gewerkschaften und Genossenschaften gegen Überfälle zu halten, von ihm im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Berlin seinerzeit tatsächlich erteilt worden sei. Diese Art Selbstschutz werde man friedlichen, auf dem Boden der Staatsordnung stehenden Organisationen und Führern, die meist schon ein hohes Alter in öffentlichen Leben stehen, nicht vorwerfen können. Wenn das Polizeipräsidentium Berlin erklärt habe, daß es die Erlaubnisse inzwischen zurückgezogen habe, so sei das natürlich sein gutes Recht, hänge aber wahrscheinlich mit der Kursänderung zusammen.

Die „Frankf. Ztg.“ erklärt dazu, daß es nicht Sache des Polizeipräsidenten sein könne, die Bevölkerung — zumal in unruhigen Zeiten — mit Waffen zu versehen, daß es vielmehr umgekehrt seine Pflicht sei, Waffen so viel wie möglich aus der Bevölkerung herauszuziehen. Durch jegliche Bewaffnung wurden nur die Anlässe zum Bürgerkrieg, die wir in Deutschland haben, andauernd verschärft. Ein Polizeipräsident aber sei der letzte, der sich solche Argumentation zu eigen machen sollte!

Freiwilliger Arbeitsdienst auch im Saargebiet

Die Regierungskommission hat die Absicht, den freiwilligen Arbeitsdienst in größerem Umfang auch im Saargebiet durchzuführen. Von einer gesetzlichen Regelung wie im Reiches soll aber vorläufig Abstand genommen werden. Mit der Durchführung und Beaufsichtigung des freiwilligen Arbeitsdienstes wurde der Direktor der Abteilung für Volkswohlfahrt, Dr. Obé, beauftragt. Es soll vorgeesehen sein, daß sowohl aus der staatlichen wie aus der kommunalen Fürsorge unterstützte jugendliche Erwerbslose bis zu 23 Jahren, die am freiwilligen Arbeitsdienst teilnehmen, ihre Unterhaltungen weiterbezogen, die in gewissen Fällen durch eine Pauschale abgegolten werden kann.

in allem also nochmals ein Abend, der die nun bald zu Ende gehende Sommerspielzeit auf unermindert gutem Qualitätsniveau zeigt.

Ein großer Sohn der Stadt Mannheim. Am 16. Aug. d. J. jährt sich zum hundertsten Male der Geburtstag des in Neckarau geborenen Ehrenbürgers der Stadt Mannheim, des berühmten Philosophieprofessors Wilhelm Wundt. Wilhelm Wundt, der über 40 Jahre den Lehrstuhl der Philosophie an der Universität Leipzig bekleidet hat, ist am 2. Sept. 1920 gestorben und in Leipzig auf dem Südfriedhof beigesetzt worden. Die Stadtverwaltung wird am Grabe Wilhelm Wundts in Leipzig einen Kranz niederlegen lassen.

Altpraglicher staatlicher Fortbildungskurs in Weersburg. In der Zeit vom 3. bis 13. August fand in Weersburg unter Leitung von Oberregierungsrat Wohlschlag, der 7. badische altpragliche Fortbildungskurs statt, an dem neben einer Anzahl prominenter Gäste auch der badische Staatspräsident Dr. Schmitt teilnahm. In gedrängter Form wurden im Laufe des Lehrganges eine Reihe von Stoffen erörtert, die teils zum Bereich der Schule gehörten, teils der Betrachtung antiken Geistes- und Kunstlebens neue Impulse gaben. Als Redner sprachen u. a. Professor Brantel, Freiburg, über Horaz, Professor Rosenbogen, Heidelberg, und Professor Meißner, Heidelberg, über römisches Staats- und Nationalgefühl, und Professor Schabewald, Freiburg, über Homer und seine „Ilias“. Professor Dragenborff, Freiburg, berichtete in drei interessanten Vorträgen über neue Ausgrabungen und Funde an den alten griechischen und römischen Kulturstätten.

Neue Erfolge Marconis bei der Kurzwellenforschung. Nach Mitteilung Marconis ist es ihm gelungen, mit einer Ultrakurzwellen von 57 Zentimeter die bemerkenswert große Entfernung von 270 Kilometer zu überbrücken. Es glückte ihm nicht nur die Übermittlung funktentelegraphischer, sondern auch radiotelephonischer Übermittlung.

Helft Hindenburg helfen!

Ein Aufruf der Hindenburgspende

Geheimrat Duisberg, Franz v. Mendelssohn, Landesdirektor v. Winterfeldt-Menkun und andere der Wirtschaft nahestehende Mitglieder des Kuratoriums der Hindenburgspende veröffentlichen einen schon kurz mitgeteilten Aufruf folgenden Wortlauts:

„Am 2. Oktober d. J. wird Reichspräsident von Hindenburg 85 Jahre alt.“

Was er Deutschland bedeutet, das brauchen wir nicht erst zu sagen. In der heutigen Zeit schärfster innen- und außenpolitischer Belastung und Gegenläufe ist er uns durch seine selbstlose Hingabe an das Ganze mehr denn je das Symbol bester deutscher Kräfte, die schließlich doch den endlichen Wiederaufstieg von Volk und Reich gewährleisten. Als sich die Deutschen daheim und draußen im Jahre 1927 rüsteten, um den 80. Geburtstag des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten zu feiern, da hat er, der schwierigen Lage des Vaterlandes Rechnung zu tragen und von allen rauschenden Feiern abzusehen. Wollte man seines 80. Geburtstages doch gedenken, so sollte man seinen Beitrag zur Hindenburgspende geben, zu der Reich und Länderregierungen inzwischen aufgerufen hatten. Reichen Wiederhall fand die Anregung. Acht Millionen stellte das deutsche Volk Hindenburg zur Verfügung und half ihm damit den Herzenswunsch erfüllen, persönlich seinen kriegsinvaliden Kameraden und ihren Hinterbliebenen helfen zu können. Durch die von Hindenburg aus diesen Mitteln errichtete und unter seiner Leitung stehende Stiftung hat der Reichspräsident bisher insgesamt 5,2 Millionen Reichsmark verausgabt und damit in Zehntausenden von Fällen harte Not beiseite oder lindern können.

Auch der 85. Geburtstag des Reichspräsidenten wird bei der drückenden Not Deutschlands keinen Anlaß zu rauschenden Feiern bieten können. Zu schmerzhaft ist die Sorge auf Deutschland und jedem Einzelnen! Aber soll der 2. Oktober unbemerkt vorübergehen?

Die unterzeichneten Mitglieder des Kuratoriums der Hindenburgspende wissen, wie sehr die Möglichkeit, persönlich helfen zu können, unserem allverehrten Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten die Last des Amtes tragen hilft. Unsere in der Hingabe an die Person Hindenburgs mit uns einigen Freunde und alle seine sonstigen Verehrer bitten wir, soweit sie zu geben in der Lage sind: Helfen Sie uns durch Ihren Beitrag, Hindenburg zu seinem 85. Geburtstag die Möglichkeit schaffen, auch weiterhin der erste Helfer seiner notleidenden Kriegskameraden zu sein. Stärkt seine Stiftung! Helft Hindenburg helfen!“

Die Geschäftsstelle der Hindenburgspende teilt dazu mit, daß Beiträge auf das Postfachkonto der Hindenburgspende Berlin Nr. 78800 und bei folgenden Banken entgegengenommen werden: Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, Berlin, Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft, Berlin, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München, Bankhaus Gebr. Arnhold, Dresden, Bankhaus Mendelssohn & Co., Berlin.

Brüning fuhr nicht zu Kaas. Die Meldung, der vormalige Reichskanzler Dr. Brüning sei nach Rom gefahren zu einer politischen Aussprache mit dem Prälaten Kaas, der dort krank darniederliege, werde als unrichtig bezeichnet. Kaas befindet sich zwar in Italien, wenn auch nicht in Rom. Brüning aber ist nicht zu ihm gefahren; er befindet sich auf der Röhler Höhe.

Minister a. D. Baumann 7. Im Alter von 64 Jahren verchied in Ellwangen der frühere württembergische Minister a. D. Baumann, den die Heimatliebe vor drei Jahren wieder in seine Vaterstadt Ellwangen zurücktrieb. Er kam aus dem Eisenbahndienst und war langjähriger demokratischer Abgeordneter. In der Revolutionszeit übernahm er das württembergische Ernährungsministerium. Dem Drang seines Herzens folgend, widmete er sich später dem Studium der Theologie und wurde schließlich katholischer Priester.

Kreuzer „Karlruhe“ in Buenos-Aires. Der deutsche Kreuzer „Karlruhe“ ist in Buenos-Aires eingelaufen. Er wurde von einer riesigen Menschenmenge, die sich auf der Reede eingefunden hatte, begrüßt. Zahlreiche beslagte Boote fuhrten ihm entgegen.

Die Toten der „Niobe“

Am Samstag wurden aus dem Brack der „Niobe“ 30 Tote geborgen. Nach den Mitteilungen der Marinebehörden ist nicht zu erwarten, daß im Brack noch weitere Tote aufgefunden werden, so daß nicht weniger als 35 Mann von der „Niobe“ Befreiung weiter vermählt bleiben. Die Beerdigungsfestlichkeiten auf dem Kieler Garnisonfriedhof werden am Dienstag nachmittag um 6 Uhr stattfinden. Auch bei einer nochmaligen gründlichen Durchsuchung des Schiffleibes wurde kein Toten mehr aufgefunden.

Kleine Chronik

Am Samstagvormittag, kurz vor 9 Uhr, erschien ein französisches Militärflugzeug über Eppensbrunn (südlich Birmensden), wo es einige Male über der Ortschaft kreuzte. Der Eindecker flog nach kurzer Zeit wieder über die Grenze zurück. Der Vorfall wurde der Kreisregierung weitergemeldet. Erst am letzten Dienstag war ein solcher Übergangszug zu verzeichnen.

Über Schleswig-Holstein und in den Elbegebieten ging Sonntagnachmittag ein schweres Unwetter nieder. Dabei entwidete sich eine Windstöße, die vielfach größeren Schaden anrichtete.

Wahrscheinlich infolge Klagen eines Reisens kam der Überfallwagen der Herforder Polizei ins Schleudern. Sämtliche Beamte wurden herausgeschleudert; ein Hauptwachmeister wurde getötet. Der Führer des Wagens unternahm in der Aufregung einen Selbstmordversuch.

Bei Berlin-Falkensee wurde im Wald die nackte Leiche eines 15jährigen Knaben gefunden, der einem Sittlichkeitsverbrechen zum Opfer gefallen ist. Die Leiche weist am Hals eine tiefe Schnittwunde, sowie am Körper weitere fürchtbare Verletzungen auf.

Das Londoner Blatt „Daily Herald“ meldet aus Gharbin (Mandschurei), daß Hunderttausende vor der Überschwemmung flüchteten. Die Flüchtenden haben schwer unter dem Hunger und der ausgebrochenen Cholera-Epidemie, die viele Opfer fordert, zu leiden. Die Getreideernte ist zerstört worden und die an den großen Wasserläufen gelegenen Städte sollen fast vollständig unter Wasser stehen. Wie weiter gemeldet wird, sollen 30 000 Personen ertrunken sein.

Auf dem Flugplatz Leipzig-Mockau stürzte ein Flugzeug ab, wobei der Pilot und sein Monteur ums Leben kamen.

In der Nähe von Nancy überschlug sich beim Landen ein Verkehrsflugzeug. Drei Personen wurden getötet.

Der bisherige Dauerflugrekord für Frauen ist von der amerikanischen Fliegerin Frances Marshall und Louise Thadon, die vor fünf Tagen aufgestiegen waren, überboten worden.

Der Europa-Rundflug

Der Europa-Rundflug hat am Sonntag in Berlin begonnen. Pünktlich um 7 Uhr morgens erfolgte auf dem Tempelhofer Feld der Start zum Streckenflug. In Gruppen von je fünf Maschinen und in Abständen von fünf Minuten wurden die Flieger auf die lange Reise geschickt. Der Weg der Flieger geht zunächst über Warschau—Katalan—Prag—Brünn—Agram über Viena nach Rom, ein Weg von etwa 2500 Kilometer, der heute, Montag abend beendet sein muß. Das nächste Ziel ist Paris, dann soll bis über Göttingen (Schweden) wieder Berlin erreicht werden.

W.B. Rom, 22. Aug. (Tel.) Die ersten Teilnehmer am Europa-Rundflug haben heute früh Rom erreicht und damit die erste Großflugstrecke beendet. Als erster landete um 7.54 Uhr der Deutsche Seidemann. Ihm folgte neun Minuten später sein Landsmann Marienfeld und nach einer weiteren Minute der Italiener Colombo. Um 8.12 und um 8.18 Uhr trafen die Deutschen Massenbach und Luffler ein. In der Zeit von kurz vor halb elf bis kurz nach elf Uhr trafen folgende Teilnehmer auf dem Vittorio-Flughafen ein: Die Italiener de Angeli und Lombardi, der Schweizer Frei, und die Deutschen Osterkamp, Pöhl und Pasewaldt.

Der englische Ozeanflieger Kollison ist auf dem New Yorker Flugplatz gelandet, wo er begeistert empfangen wurde.

Badischer Teil

Aus der badischen Landwirtschaft

Berichte aus den Weinbaugebieten Kaiserstuhl, Tuniberg, Breisgau. Die am 13. Juli stark verregneten Reben sind noch fahl. Aus den einzelnen ausgetriebenen für das nächste Jahr angelegten Augen haben sich zirka 2-5 Zentimeter lange Triebe entwickelt, die meist keine oder bereingelt nur kümmerliche Weisene aufweisen. Bei veredelten Reben und bei Müller-Thurgau zeigen die Triebe größeren Gescheinsansatz. Peronospora ist in stärkerer Maße in schlecht gesprühten Reben aufgetreten und hat auch größeren Schaden verursacht. Oidium zeigt sich vorwiegend an Elbling, und zwar dort, wo noch nicht oder schlecht geschwefelt und schlecht gesprüht worden ist. Die Stellenweise schon früher sehr stark aufgetretene Gelbsucht ist noch nicht zurückgegangen. In den schlechteren Lagen findet man viele junge Würmer des einbindigen Widlers, in den wärmeren Lagen auch junge Würmer des befreizten Widlers, so daß bei Eintreten schlechter Witterung mit großen Sauernurmschäden zu rechnen ist. Die Herbstausichten sind für die einzelnen Rebsorten sehr verschieden. Man rechnet mit einem Viertel- bis Dreiviertelherbst.

Gute Ernte im Kraichgau. Die Dreschmaschinen sind nun zur Ruhe gekommen; die so gut eingebrachte Ernte ist bereits in Säcken verpackt und wird teilweise gleich zur Mühle gebracht, denn an Brotmehl hat es schon lange gefehlt. Befriedigt bleibt der Bauernmann auf den Ernteertrag und hofft, daß nun auch Tabak, Hopfen und Reben den gleich guten Ertrag liefern sowohl an Quantität wie auch an Qualität, vor allem aber in Bezug auf den Erlös.

Aus der badischen Industrie

Die Wirtschaftslage im Hegau. Die finanziellen Zusammenbrüche größerer Betriebe in der Gegend von Engen, die in den letzten Monaten zu verzeichnen waren, gehen der Reinigung entgegen. Das Ziegelwerk Biefendorf ist wieder in Betrieb, bei dem großen Sägewerk Bilingen in Mühlhausen ist auch, wenn auch im kleineren Umfang, die Arbeit wieder aufgenommen worden und bei dem Mechanischen Werk Bieblingen, Mühlhausen, ist der Konstruktionsbau zur Erledigung gekommen. Die Zwangsversteigerung der Hegauer Steinwarenfabrik in Engen ist am 1. Oktober festgesetzt. Es wäre zu begrüßen, wenn auch in diesem Betrieb die Mäher sich bald wieder bewegen und willige Arbeitskräfte sich betätigen könnten. Die amtliche Wertfestsetzung dieses Anwesens mit 91 000 Reichsmark, die kaum etwas mehr als 20 Proz. des investierten Kapitals ausmachen, dokumentiert die katastrophale Entwertung. Außer einer Stumpfenfabrik, die gut beschäftigt ist, befindet sich in Engen zur Zeit keine nennenswerte Industrie mehr im Betrieb. Da in den benachbarten Orten Engen und Göttingen viele Fabriken, in denen Engener Arbeiter in größerer Zahl beschäftigt sind, nur eine Wochenarbeitszeit von 2 und 3 Tagen haben und eine vollständige Schließung auf einige Zeit befürchtet wird, sehen viele mit Bangen und Sorgen der nächsten Zeit entgegen.

Kritische Arbeitsverhältnisse in der oberbadischen Textilindustrie. Als Folge der immer mehr um sich greifenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage war auch die Stoffdruckerei Köhlin Baumgartner & Co. gezwungen, etwa 50 Arbeitern und Angestellten zu kündigen. Verschiedene Meister wurden in den Arbeiterstand versetzt. Auch bei den Webern Konrads Nachfolger und Mehan. Weberei Schenz sind einschneidende Arbeiterentlassungen durchgeführt worden. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit in der Hanf-Union, Schopfheim wurden von der 180 Mann starken Belegschaft 100 Mann wieder eingestellt. Ob von den übrigen alle oder nur ein Teil früher oder später wieder in den Betrieb kommen, ist heute noch ungewiß und dürfte ganz von der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage abhängen.

Tagungen

Die badischen Schlosser- und Mechanikermeister hielten in Freiburg den 24. Verbandstag ihres Landesverbandes ab, welcher der stellvertretende Verbandsvorsitzende, Schlossermeister Grote, Karlsruhe, eröffnete. Namens der Handwerkskammer Freiburg begrüßte deren Präsident Ambs die Gäste. Es sprachen ferner der Geschäftsführer des Reichsverbandes, Müllig, Leipzig, und Köppler, Stuttgart als Vertreter des benachbarten württembergischen Landesverbandes. In dem Geschäftsbericht, den der stellvertretende Geschäftsführer Daler, Karlsruhe, erstattete, wurde eingehend auf die schwere Notlage des deutschen Handwerks verwiesen und die Hoffnung auf eine baldige durchgreifende Besserung und Abstellung der schlimmsten Mängel ausgesprochen. Der badische Landesverband umfaßt zur Zeit 17 Innungen und rund 70 Einzelmitglieder, zusammen 385 Mitglieder, was gegenüber dem Vorjahr einen starken Mitgliederzuwachs bedeutet. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein längerer Referat des Präsidenten des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereine, Schlossermeister Näher, Heidelberg, über dringende Gegenwartsfragen des deutschen Handwerks, in der er die Bedeutung des Handwerks als Grundstock des Mittelstandes und als Brücke zwischen Kapital und Arbeit darlegte und die Forderungen des Handwerks scharf formulierte: Steuerlichen Schutz, Abbau der untragbaren sozialen Lasten, Abbau der kommunalen Regierbetriebe, und schärfste Bekämpfung der Schwarzarbeit. Eine Entschärfung an den Reichsverband forderte die Klärung des derzeitigen ungenügenden Maßnahmen. Der nächste Verbandstag im Jahre 1933 findet in Karlsruhe statt in Verbindung mit dem 25jährigen Jubiläum der Karlsruher Schlossermeisterinnung.

Aus der Landeshauptstadt

Freiwilliger Arbeitsdienst. Der erste Versuch mit dem freiwilligen Arbeitsdienst soll erweitert werden. Die im Gebiet des östlichen Karlsruher mit Entwässerungsarbeiten beschäftigte Gruppe Arbeitsdienstwilliger wird durch eine weitere Kolonne von etwa 30 Mann verstärkt. Zur Schaffung einer guten und auch in der schlechteren Jahreszeit brauchbaren Unterkunft stellt die Stadt dem Heimatsort Baden e. B. als dem Träger des Dienstes ein günstig liegendes städtisches Gebäude mietsfrei zur Verfügung.

Der fünfte Studentenaussender in Karlsruhe gezogen. Am Samstag früh wurde bei einem Verkäufer der Studentenfingeln der fünfte Läufer gezogen. Der Gewinn wurde im „Pöhlenspiel“ gezogen, so daß jeder Teilnehmer 100 M erhält.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Am Montag, den 22. August, findet eine geschlossene Vorstellung für die Rollsbühne statt. Die nächste öffentliche Aufführung ist am Dienstag, den 23. August, und zwar wird an diesem Abend die bei der Erstaufführung mit großer Begeisterung aufgenommene Operette „Die Garbasfärstin“ von Emmerich Kallman gegeben.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Montagmorgen: Am Sonntagmorgen, meist aber in der folgenden Nacht, traten bei uns allenthalben Gewitter auf, die im Norden des Landes mit stärkeren Regenfällen verbunden waren. Heute früh hat es wieder aufgehört, doch ist die Wetterlage nicht mehr stabil, da im Norden kühlere Luft heranrückt. Voraussage: Im allgemeinen noch heiter und warm, einzelne Wärmegewitter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Glänzender Verlauf des 8. ADAC-Bergrennfahrens. W.B. Freiburg i. Br., 21. Aug. (Tel.) Vor etwa 70 000 Zuschauern bei ausgezeichnetem Wetter wickelte sich heute in Freiburg i. Br. das 8. Bergrennfahren auf den 1286 Meter hohen Schanzen ab, das wieder die beiden vorjährigen Sieger Garaciola in der Wagenklasse und Tom Vullus bei den Kraftfahrern an der Spitze einer außerordentlich starken Konkurrenz sah. Garaciola stellte auf der 12 Kilometer langen Bergstrecke, auf der in 173 Kurven ein Höhenunterschied von zirka 800 Meter zu überwinden ist, einen neuen grandiosen absoluten Schanzenlauf-Bergrennfahrt auf. Mit seinem Alfa-Romeo-Rennwagen fuhr er gegen stärkste Bugatti-Konkurrenz in 8,35 1/2 Minuten = 89,75 Stundenkilometern die schnellste Zeit des Tages überhaupt. Der Engländer Tom Vullus fuhr auf einer 600-Ruhlfingelmeter-MSL 8,38 Minuten = 83,40 Stundenkilometer.

Die außerordentlich starke Konkurrenz und die im Vorjahr aufgestellten saum zu unterbindenden Rennebrüche brachten es mit sich, daß die Fahrer außerordentlich scharf fuhrten, so daß zahlreiche Stürze vorkamen. Glücklicherweise verliefen diese ohne ernsthafte Folgen bis auf den Sturz des Würzburger Fleißmann, der bei der Holzschlägermatte in der Geraden, offenbar infolge Blockierung des Motors im 100-Kilometer-Tempo zum Sturz kam und bewußlos vom Platz getragen werden mußte. Sein Befinden ist aber den Umständen entsprechend zufriedenstellend.

Die Frau in Männerkleidern

W.B. Mainz, 22. Aug. Vor dem Bezirksgericht Mainz hatten sich am Samstag die geschiedene 47jährige Ehefrau des Arbeiters Josef Einsmann, Maria geb. Näher aus Bruchsal und die geschiedene 38 Jahre alte Ehefrau des Arbeiters Müller, Helene geb. Kettenberger aus Brühlwegen wegen intellektueller Urkundenfälschung und Kindesunterschreibung zu verantworten. Nach zweifündiger Verhandlung verkündete das Gericht folgende Urteile: Frau Einsmann wird wegen Vergehens gegen § 169 des Strafgesetzbuches (Kindesunterschreibung) und gegen § 271 (intellektuelle Urkundenfälschung) zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat, Frau Müller wegen Vergehens gegen § 169 zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen und es wird ihnen eine dreijährige Bewährungsfrist zugewilligt.

Wir erinnern, hatten Frau Einsmann und Frau Müller als „Ehepaar“ zusammengelebt, wobei Frau Einsmann die Rolle des Mannes spielte und auch in einer Fabrik als Mann arbeitete. Frau Müller war Mutter zweier Kinder geworden, für die „Herr“ Einsmann die Vaterschaft, getreu der einmal übernommenen Rolle, übernahm. In der Verhandlung hatte ein Sachverständiger dafür sich eingesetzt, daß man Frau Einsmann den Schutz des § 51 zuerteile, während der andere Gutachter die Frau für voll verantwortlich hielt. In Anbetracht der Tapferkeit, mit der die beiden von ihren Männern geschiedenen Frauen den Lebenskampf aufgenommen hatten, sah das Gericht — so heißt es in der Urteilsbegründung — von schwerer Strafe ab und erkannte auch auf Bewährungsfrist. Die intellektuelle Urkundenfälschung der Frau Einsmann aber habe die Verhängung einer Freiheitsstrafe erforderlich gemacht.

Hpd. Mannheim, 21. Aug. Das Mannheimer Strandbad dürfte am Sonntag mit einer Besucherzahl von 30-35 000 Personen einen neuen Rekord aufzuweisen haben. Die Wasserwärme war außerordentlich hoch. Ein am Vormittag niedergelagener kurzer Regenschauer tat dem Besuch keinen Abbruch und brachte auch nicht die erste Abkühlung. Die Strandwache hatte viel zu tun. In 128 Fällen mußte sie Hilfeleistung gewähren. Leider ereignete sich am Sonntag schon wieder ein Todesfall. Ein 45jähriger Schlosser, der mit Frau und Sohn am Strande weilt, ist bis zum Abend noch nicht zurückgekehrt, so daß man mit seinem Ertrinken rechnen muß. Zwei in den letzten Tagen am Strandbad Ertrunkene sind inzwischen in Worms gelandet worden.

W.B. Heidelberg, 19. Aug. Kaufmann Nathan Marx, der Mitinhaber der Zigarettenfabrik Nathan Marx & Söhne, ist 63 Jahre alt an einem Herzleiden verstorben. Er war eine edle, uneigennützig Natur. Bei Ausbruch des Krieges stellte er sich dem roten Kreuz zur Verfügung. Tausenden von Soldaten an der Front fandte er Liebesgaben. Sein ältester Sohn ist als Kriegsfreiwilliger gefallen. Dessen Andenken ehrt der Vater durch eine Schülerreise-Stiftung. In Heidelberg zur Durchführung hat Nathan Marx alle ihm angebotenen Ehrenämter abgelehnt.

Hpd. Eberbach, 21. Aug. Seinen 75. Geburtstag konnte am Sonntag der frühere Bürgermeister von Eberbach, Dr. John Gustav Weiß begehen. Der Jubilar, ein gebürtiger Mannheimer, war fast ein Vierteljahrhundert Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der mittleren Städte Badens und gehörte auch der ersten Badischen Kammer lange Jahre an. 1927 trat er in den Ruhestand. Er ist als historischer Schriftsteller mit den Stadtschichten von Eberbach, Weinsheim und Weilsheim hervorgetreten, verfasste auch Sammelwerke in Pfläzler Rundart (Heidelberg Schreibe) und einige Festschriften. Der Badischen Historischen Kommission gehört er als korrespondierendes Mitglied an.

W.B. Rembs, 20. Aug. Die Einweihung der Kraftwerke und des Kanals in Rembs findet, wie jetzt bekannt wird, am 2. Oktober statt. Bekanntlich wird der Präsident der französischen Republik, Lebrun, die Einweihung selbst vornehmen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	22. August		20. August	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	169.78	170.12	169.78	170.12
Kopenhagen 100 Kr.	77.62	77.78	77.82	77.98
Italien . . . 100 L.	21.60	21.64	21.59	21.63
London . . . 1 Pf.	14.56	14.60	14.61	14.65
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.505	16.545
Schweiz . . . 100 Fr.	81.87	82.03	81.92	82.08
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.463	12.485	12.465	12.485

Die Indizes der Großhandelspreise für den 17. August 1932 ist mit 95,0 gegenüber der Vorwoche um 0,8 Proz. zurückgegangen. Die Indizes der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 89,8 (minus 2,5 Proz.), Kolonialwaren 88,4 (minus 0,1 Proz.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 87,6 (minus 0,1 Proz.), industrielle Fertigenwaren 115,7 (minus 0,3 Proz.).

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Errichtung der Kuratie und Kirchengemeinde Sancta Theresia vom Kinde Jesu in Mannheim-Pfingstberg.

Der Herr Erzbischof in Freiburg hat mit staatlicher Genehmigung unterm 30. Juni 1932 (Anzeigebblatt für die Erzdiözese Freiburg Nr. 20 vom 19. Juli 1932)

1. für die Katholiken, die in den Siedelungsgebieten Pfingstberg und Hochstätt der Gemarkung Mannheim wohnen, mit Wirkung vom 1. Juli 1932 die Kirchengemeinde „Sancta Theresia vom Kinde Jesu Mannheim-Pfingstberg“, die aus Teilen der bisherigen Pfarre Kuratie und Kirchengemeinde Mannheim-Rheinau und der Pfarre und Kirchengemeinde Mannheim-Sedenheim gebildet wird, errichtet,

2. die neue Kirchengemeinde (Kuratie) Mannheim-Pfingstberg der katholischen Gesamtkirchengemeinde Mannheim zugeteilt,

3. das Siedelungsgebiet Hochstätt beim Bahnhof Mannheim-Sedenheim sowie das gesamte südlich der Bahnlinie Mannheim-Heidelberg gelegene Gebiet der ehemaligen Gemarkung Sedenheim von der Pfarre und Kirchengemeinde Mannheim-Sedenheim losgelöst und einen Teil dieses Gebietes mit der neuerrichteten Kuratie und Kirchengemeinde Mannheim-Pfingstberg vereinigt, einen andern Teil der Kuratie und Kirchengemeinde Mannheim-Rheinau und den restlichen Teil der Pfarre und Kirchengemeinde Mannheim-Friedrichsfeld zugewiesen.

Bezüglich der Begrenzung der neuen Kirchengemeinde Mannheim-Pfingstberg wird auf die Veröffentlichung im Anzeigebblatt für die Erzdiözese Freiburg hingewiesen. Karlsruhe, den 12. August 1932.

Der Minister des Kultus und Unterrichts:

S. S.: Dr. Huber

Bekanntmachung

Wohlfahrtschulen.

Es wird darauf hingewiesen, daß in Durchführung des Beschlusses des Landtags in der 60. Sitzung vom 18. September 1931 (amtliche Niederschrift Seite 3164) mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 die Geschäftsbehandlung der Angelegenheiten der sozialen Frauenschulen und der Wohlfahrtschulen für männliche Wohlfahrtschulleiter auf die Unterrichtsverwaltung übergeht.

Karlsruhe, den 13. August 1932.

Der Minister des Kultus und Unterrichts:

S. S.: Dr. Huber

Bekanntmachung

In Vollzug des Staatshaushaltsplans für 1932/33 wurde mit Wirkung vom 1. August 1932 an die Führung der Direktionsgeschäfte und die gesamte Leitung der Staatl. chem.-tech. Prüfungs- und Versuchsanstalt in Karlsruhe dem Direktor der Staatlichen Lebensmitteluntersuchungsanstalt, Herrn Professor Dr. Gronover in Karlsruhe übertragen.

Karlsruhe, den 16. August 1932.

Der Minister des Kultus und Unterrichts:

S. S.: Dr. Huber

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Verliehen:

Dem Privatdozenten Dr. Rudolf Wilhelm an der Universität Freiburg die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Ernannt:

Der Privatdozent Dr. Richard Alwyn an der Universität Berlin zum planmäßigen außerordentlichen Professor für neuere deutsche Literatur an der Universität Heidelberg; Professor Dr. Kurt Frenken an der Kant-Oberrealschule in Karlsruhe mit Wirkung vom 1. April 1932 zum Konjunktordirektor an den Landesbibliothek in Karlsruhe; Hauptlehrerin Elsa Ritter an der Mädchenrealschule mit Mädchenrealschulnastium und Mädchenoberrealschule in Freiburg zur Turnlehrerin daselbst.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Oberlehrer Emil Schöpfkin in Ottenheim; Hauptlehrer Max Braun in Diebesheim.

Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes:

Professor Adolf Schmid an der Kunstgewerbeschule in Pforzheim.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand: Bauoberinspektor Wilhelm Geiger am Akademischen Kranzhaus in Heidelberg.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Professor Hans Ehrhardt an der Oberrealschule in Schwetzingen.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung der Gesundheit:

Hauptlehrer Joh. Baptist Rager in Mühlhausen, Amt Engen.

Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit: Zeichenlehrerin Cornelia Sed an der Elisabethschule in Mannheim.

